

**Niederschrift**

Gremium	Sitzung - VW/022(VI)/17			
	Wochentag, Datum	Ort	Beginn	Ende
Verwaltungsausschuss	Freitag, 12.05.2017	Hasselbachsaal	15:00Uhr	16:00Uhr

Leitung: Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper  
Teilnehmer: siehe Anwesenheit

**Tagesordnung:**

**Öffentliche Sitzung**

- 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 2 Bestätigung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift vom 10. 03. 2017 - öffentlicher Teil T0004/17
- 4 Einwohnerfragestunde
- 5 Beschlussvorlagen und Informationen
- 5.1 Personalangelegenheiten - Fraktionen DS0479/16  
WV vom 25. 11. 2016  
BE: Oberbürgermeister
- 5.1.1 Personalangelegenheiten - Fraktionen DS0479/16/1  
Fraktion CDU/FDP/BfM, SPD-Stadtratsfraktion, Fraktion DIE LINKE/future!

5.2	Entfristung der Personalstellen für die Betreuung, Begleitung und administrative Abwicklung der Hilfen für unbegleitete minderjährige Ausländer (UMA) im Jugendamt BE: Beigeordnete für Soziales, Jugend und Gesundheit	DS0028/17
5.3	Entfristung von Asylstellen BE: Beigeordneter für Umwelt, Personal und Allgemeine Verwaltung	DS0103/17
5.4	Personalkostencontrolling Jahresabschlussbericht 2016 BE: Beigeordneter für Umwelt, Personal und Allgemeine Verwaltung	I0072/17
5.5	Berichterstattung Fortgang "Ersatzneubau Strombrückenzug" - aktueller Stand 1. Halbjahr 2017 BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr	I0081/17
5.6	Bundesfachplanung Gleichstromtrasse Vorhaben Nr. 5 SuedOstLink (Wolmirstedt – Isar) BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr	I0115/17
6	Anträge	
6.1	Klimaneutrale Dienstreisen Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	A0039/17
6.1.1	Klimaneutrale Dienstreisen BE: Beigeordneter für Umwelt, Personal und Allgemeine Verwaltung	S0090/17
6.2	Keine Abschiebungen nach Afghanistan Fraktion DIE LINKE/future! SR'e Hempel, Jannack, Scheunchen, SR'in Schulz	A0051/17
6.2.1	Keine Abschiebungen nach Afghanistan BE: Beigeordneter für Umwelt, Personal und Allgemeine Verwaltung	S0104/17
6.3	100 Jahre nach Carl Krayl: Buntes Magdeburg - Buntes Rathaus SPD-Stadtratsfraktion	A0033/17
6.3.1	100 Jahre nach Carl Krayl: Buntes Magdeburg - Buntes Rathaus BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr	S0109/17
7	Verschiedenes	

Anwesend:

**Vorsitzende/r**

Dr. Lutz Trümper

**Mitglieder des Gremiums**

Frank Schuster

Hans-Jörg Schuster

Wigbert Schwenke

Dr. Falko Grube

Jens Hitzeroth

Jens Rösler

Oliver Müller

Jenny Schulz

Tom Assmann

Frank Theile

Roland Zander

**Geschäftsführung**

Andrea Behne

**Verwaltung**

Dr. Anne Ignatuschtschenko

i.V.f. Stadtrat Meister

i.V.f. Stadtrat Boeck

Abwesend:

**Mitglieder des Gremiums**

Reinhard Stern

Olaf Meister

Hugo Boeck

---

## Öffentliche Sitzung

---

### 1. Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

---

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper eröffnet die Sitzung und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

### 2. Bestätigung der Tagesordnung

---

Stadtrat Dr. Grube, SPD-Stadtratsfraktion, beantragt mit Hinweis auf das Beratungsergebnis des Ausschusses StBV die Vertagung des TOP 6.3 – A0033/17.

Die so geänderte Tagesordnung wird von den Mitgliedern des Verwaltungsausschusses bestätigt.

### 3. Genehmigung der Niederschrift vom 10. 03. 2017 - öffentlicher Teil Vorlage: T0004/17

---

Die Niederschrift vom 10. 03. 2017 – öffentlicher Teil – wird von den Mitgliedern des Verwaltungsausschusses bei 2 Enthaltungen bestätigt.

### 4. Einwohnerfragestunde

---

Zu diesem Tagesordnungspunkt waren keine Bürger anwesend.

### 5. Beschlussvorlagen und Informationen

---

#### 5.1. Personalangelegenheiten - Fraktionen Vorlage: DS0479/16

---

An diesem Tagesordnungspunkt nimmt der Beigeordnete für Umwelt, Personal und Allgemeine Verwaltung Herr Platz teil.

Stadtrat Müller, Fraktion DIE LINKE/future!, erklärt gem. § 33 KVG LSA sein Mitwirkungsverbot und nimmt nicht an der Beratung und Abstimmung teil.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper informiert über seinen Kenntnisstand, dass der vorliegende interfraktionelle Änderungsantrag DS0479/1671 mit allen Fraktionen abgestimmt wurde.

Der Beigeordnete Herr Platz nimmt Bezug auf einen Hinweis des Fachbereiches 01, der darauf aufmerksam macht, dass Arbeitsverhältnisse untergegangener Fraktionen nicht automatisch enden. Kommunalrecht bricht nicht Arbeitsrecht. Er unterbreitet den Vorschlag, im Punkt 6, Satz 2 deshalb wie folgt zu formulieren (Änderung **fett**):

„Bei Zusammenschlüssen mehrerer Fraktionen zu einer neuen Fraktion oder bei Auflösung einer Fraktion innerhalb einer Wahlperiode **werden die Arbeitsverhältnisse der Mitarbeiter/-innen der untergegangenen Fraktion schnellstmöglich durch den zuständigen Fraktionsvorsitzenden beendet (Auflösung oder Kündigung der Arbeitsverhältnisse).**

**Es müssen die entsprechenden Fristen Berücksichtigung finden.“**

Stadtrat Schwenke, Fraktion CDU/FDP/BfM, äußert, sich diese Änderung zu eigen machen zu wollen und als Änderungsantrag einzubringen.

Stadtrat Dr. Grube, SPD-Stadtratsfraktion, hinterfragt Rechtsfolgen, wenn in diesem Fall keine Kündigung erfolgt. Er wirft weiterhin die Frage auf, ob es im Fall einer Fraktionsauflösung jemanden gibt, der hierfür verantwortlich ist.

Der Beigeordnete Herr Platz gibt den Hinweis, dass in diesem Fall die Verwaltung mit Rat und Tat zur Verfügung steht.

Stadtrat Rösler, SPD-Stadtratsfraktion, merkt an, bereits Probleme mit Punkt 6 gehabt zu haben. Er bezeichnet es als hart, wenn Mitarbeiter auf Grund einer Fraktionsauflösung arbeitslos werden und keine 6 Monate Lohnfortzahlung erhalten und vertritt die Auffassung darüber nachzudenken, ob hier eine gewisse Frist eingeräumt werden könnte.

Hierzu führt der Beigeordnete Herr Platz klarstellend aus, dass im Fall einer Fraktionsauflösung bzw. eines Fraktionszusammenschlusses die Arbeitsverhältnisse sozusagen „in der Luft hängen“ und diese abgeschlossen werden müssen. Er gibt den Hinweis, dass in den meisten Arbeitsverträgen Fristen für das Arbeitsverhältnis enthalten sind. Er sieht es als bessere Lösung an, dass für den Fall von Kündigungen auch entsprechende Fristen greifen müssen.

Stadtrat Rösler, SPD-Stadtratsfraktion, bezeichnet den Änderungsvorschlag als gut, merkt jedoch an, dass kein Hinweis auf bestimmte Fristen bis zur Auflösung des Arbeitsverhältnisses enthalten ist.

Insbesondere verweist er darauf, dass in den Arbeitsverträgen seiner Fraktion bereits entsprechende Formulierungen, für den Fall, dass die Fraktion nicht mehr existiert, enthalten sind.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper macht nochmals deutlich, dass es im Fall einer Fraktionsauflösung schriftlicher Kündigungen bedarf unter Beachtung der gesetzlich geregelten Kündigungsfristen, welche abhängig von der Anzahl der Arbeitsjahre sind.

Stadtrat Dr. Grube, SPD-Stadtratsfraktion, merkt an, dass es bei einer Fraktionsauflösung dann auch keine Fraktionsvorsitzenden mehr gibt und wirft die Frage auf, ob der bisherige Vorsitzende kündigen darf.

Der Beigeordnete Herr Platz führt aus, dass die Kündigung noch vor Fraktionsauflösung erfolgen muss. Er legt seine Auffassung dar davon auszugehen, dass Fraktionsvorsitzende, auch wenn die Fraktion nicht mehr existent ist, mit bestimmten Rechten und Pflichten versehen sind.

Stadtrat Zander, Fraktion Magdeburger Gartenpartei, verweist auf die, in den von der Verwaltung vorgelegten Verträgen für seine Fraktion, enthaltene Formulierung, dass die Mitarbeiter bei einer Fraktionsauflösung arbeitslos sind.

Diese Formulierung wird vom Beigeordneten Herrn Platz angezweifelt und von ihm klargestellt, dass sich hier auf die Dauer der Wahlperiode bezogen wird.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper sagt zu, hierzu nochmals prüfen zu lassen.

Von Stadtrat Theile, Fraktion LINKS für Magdeburg, wird die Bitte an den Beigeordneten Herrn Platz gerichtet, nochmals in einer gesonderten Sitzung zu informieren und die Möglichkeit für Fragestellungen einzuräumen. Er begründet seine Bitte, dass eine gewisse Rechtssicherheit und Hilfestellung gewollt sei.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper gibt hierzu seine Zustimmung.

Stadtrat Assmann, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, nimmt Bezug auf die im Punkt 2 des Beschlussvorschlages dargestellte Eingruppierung der Geschäftsführer/-innen mit der EG 13 bzw. EG 11. Er merkt mit Hinweis auf die beigefügten Anlagen kritisch an, dass nicht nachvollziehbar dargelegt wurde, warum eine Einstufung größerer Fraktionen mit der EG 13 und kleinerer Fraktionen mit der EG 11 erfolgt und hinterfragt, worauf diese Einstufungen basieren, da für ihn keine Arbeitsunterschiede erkennbar sind.

In Beantwortung der Nachfrage führt der Beigeordnete Herr Platz aus davon auszugehen, dass dieser Bewertung die Arbeitsplatzbeschreibungen zugrunde liegen. Dazu wurden Bewertungen vorgenommen und diese haben entsprechende Ergebnisse. Insbesondere verweist er darauf, dass seitens der SIKOSA eine entsprechende Betrachtung angestellt und eine Bewertung vorgenommen wurde.

Eingehend auf die Ausführungen des Stadtrates Assmann verweist Stadtrat Hans-Jörg Schuster, Fraktion CDU/FDP/BfM, darauf, dass sich mit dieser Thematik bereits seit vielen Monaten beschäftigt wird und er nicht bereit ist, darüber erneut zu diskutieren.

Stadträtin Schulz, Fraktion DIE LINKE/future!, nimmt Bezug auf den ergänzten Beschlusspunkt 10 bzgl. einer Jahressonderzahlung und wirft die Frage auf, ob hier die Möglichkeit einer anteiligen Zahlung geprüft werden kann.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper sagt zu, dies in die Prüfung mit einzubeziehen. Auf Nachfrage des Stadtrates Schwenke, Fraktion CDU/FDP/BfM, zum Umgang mit der vorgetragenen Änderung führt er aus, dass diese Formulierung unter Punkt 6 des Beschlussvorschlages eingearbeitet wird.

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 8 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung dem Stadtrat, den interfraktionellen Änderungsantrag DS0479/16/1 unter Beachtung der Änderung des Punktes 6 des Beschlussvorschlages in seiner Sitzung am 18. 05. 2017 zu beschließen.

Eine Abstimmung zur Drucksache DS0479/16 hat sich mit dieser Beschlussempfehlung erübrigt.

Hinweis: Im Nachgang zur Sitzung wird die Änderung des Punktes 6 des Beschlussvorschlages als Änderungsantrag DS0479/17/1/1 des Verwaltungsausschusses dem Stadtrat zur Beschlussfassung vorgelegt.

- 5.2. Entfristung der Personalstellen für die Betreuung, Begleitung und administrative Abwicklung der Hilfen für unbegleitete minderjährige Ausländer (UMA) im Jugendamt  
Vorlage: DS0028/17
- 5.3. Entfristung von Asylstellen  
Vorlage: DS0103/17
- 

Die TOP 5.2 und 5.3 werden im Zusammenhang beraten.

An diesen Tagesordnungspunkten nehmen der Beigeordnete für Umwelt, Personal und Allgemeine Verwaltung Herr Platz und die Beigeordnete für Soziales, Jugend und Gesundheit Frau Borris teil.

Anhand einer Power-Point-Präsentation (Anlage zur Niederschrift) geht der Beigeordnete Herr Platz auf den Inhalt der vorliegenden Drucksachen DS0028/17 und DS0103/17 ein und macht erläuternde Ausführungen

- zur Ausgangslage hinsichtlich der befristeten Stellen
- zur Darstellung der Entwicklung der Anzahl ausländischer Staatsangehöriger in Magdeburg, - - zu den Aufgaben und der Prognose der Ausländerbehörde.

Insbesondere verweist er darauf, dass bei Wegfall der befristeten Stellen, die Aufgabenerfüllung nicht mehr gewährleistet sein würde.

Im Weiteren geht er mit Hinweis auf die Darstellungen in der DS0103/17 auf die Aufgaben des Sozial- und Wohnungsamtes (Betreuung, Unterbringung und Leistungsgewährung für Asylbewerber, Soziale Arbeit mit Asylbewerber sowie Belegungsmanagement und Wohnungsverwaltung) ein.

Zur Drucksache DS0028/17 informiert er über die Aufgaben des Jugendamtes bzgl. der Betreuung und Hilfen für unbegleitete minderjährige Ausländer und benennt Kriterien zur Personalauswahl.

Abschließend macht er Ausführungen zu finanziellen Auswirkungen und zu den erforderlichen Personalmehraufwendungen ab 2018. Er verweist darauf, dass diese nur teilweise durch das Land Sachsen-Anhalt abgefangen werden. Herr Platz informiert, dass ein Schreiben an das zuständige Ministerium erfolgt, in dem auf die defizitäre Situation hingewiesen wird und Neuregelungen gefordert werden.

Zu den Drucksachen besteht kein Diskussionsbedarf.

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 12 Ja-Stimmen einstimmig dem Stadtrat, die DS0028/17 in seiner Sitzung am 18. 05. 2017 zu beschließen.

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 12 Ja-Stimmen einstimmig dem Stadtrat, die DS0103/17 in seiner Sitzung am 18. 05. 2017 zu beschließen.

- 5.4. Personalkostencontrolling Jahresabschlussbericht 2016  
Vorlage: I0072/17
- 

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses nehmen die Information zur Kenntnis.

5.5.       Berichterstattung Fortgang "Ersatzneubau Strombrückenzug" -  
aktueller Stand 1. Halbjahr 2017  
Vorlage: I0081/17

---

An diesem Tagesordnungspunkt nimmt der Beigeordnete für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr Herr Dr. Scheidemann teil.

In seinen erläuternden Ausführungen informiert der Beigeordnete Herr Dr. Scheidemann, dass der Erörterungstermin stattgefunden hat und die Thematik Einleitung Oberflächenwasser abgestimmt wurde. Hier wurde eine einvernehmliche Lösung gefunden. Jetzt erfolgt die Abfassung des Planfeststellungsbeschlusses im Zusammenwirken mit der Zentralen Vergabestelle.

Bezug nehmend auf die in Anlage 3 dargestellte Verkehrsführungsplanung macht er Ausführungen zur Dauer der einzelnen Sperrphasen.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper informiert ergänzend, dass, wenn das Verfahren wie geplant durchgeführt wird, im Herbst mit den Baumaßnahmen begonnen werden kann, mit Fertigstellung Ende 2020.

Zur Nachfrage des Stadtrates Rösler, SPD-Stadtratsfraktion, hinsichtlich des Beginns der Umweltauschen an den Prester Seen informiert Herr Dr. Scheidemann, dass diese bereits laufen und verweist auf die Ausführungen auf Seite 7 der Information.

Die Nachfrage des Stadtrates Assmann, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, hinsichtlich des Anschlusses des Stadtteils Cracaus an den ÖPNV in Bauphase 2 wird durch den Oberbürgermeister Herrn Dr. Trümper mit dem Hinweis auf den Nordbrückenzug beantwortet.

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses nehmen die Information zur Kenntnis.

5.6.       Bundesfachplanung Gleichstromtrasse Vorhaben Nr. 5  
SuedOstLink (Wolmirstedt – Isar)  
Vorlage: I0115/17

---

An diesem Tagesordnungspunkt nimmt der Beigeordnete für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr Herr Dr. Scheidemann teil.

Der Beigeordnete Herr Dr. Scheidemann macht erläuternde Ausführungen zur Information. Insbesondere benennt er Gründe, warum sich die Stadt gegen die geplante Trassenführung über das Gebiet „Eulenberg“ ausspricht, da die vorgesehene Trassenführung eine großflächige Industrieansiedlung in dem Bereich „Eulenberg“ unmöglich macht. Dabei verweist er zum einen auf die Planungshoheit der Stadt und auf einen gefassten Aufstellungsbeschluss. Weiterhin führt er aus, dass es sich im Rahmen der Regionalplanung hier um einen Verpflichtungsbereich der Stadt handelt.

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses nehmen die Information zur Kenntnis.

## 6. Anträge

---

### 6.1. Klimaneutrale Dienstreisen Vorlage: A0039/17

---

An diesem Tagesordnungspunkt nimmt der Beigeordnete für Umwelt, Personal und Allgemeine Verwaltung Herr Platz teil.

Stadtrat Assmann, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, informiert über die Auffassung seiner Fraktion, dass der Antrag, wenn diesem inhaltlich nichts entgegensteht, beschlossen werden sollte.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper macht darauf aufmerksam, dass Intention des Antrages nur eine Empfehlung sein kann. Es könne nicht beschlossen werden, vorzuschreiben, wie Dienstreisen durchgeführt werden.

Der Beigeordnete Herr Platz gibt den Hinweis, dass der Ausschuss UwE nach lebhafter Diskussion im Ergebnis den Antrag nicht zur Beschlussfassung empfohlen hat. Er informiert über die im Ausschuss vorgetragene Idee, bei Zustandekommen einer bestimmten Anzahl von Fahrkilometern zwei Bäume zu pflanzen.

Stadtrat Assmann, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, macht umfassende Erläuterungen zum Anliegen des Antrages.

Stadtrat Rösler, SPD-Stadtratsfraktion, wirft die Frage auf, wie viele Flüge seitens der Verwaltung gebucht werden und legt dar, sich nicht vorstellen zu können, dass diese Buchungen in Größenordnungen erfolgen. Er unterbreitet den Vorschlag, der Intention des Antrages im Sinne der vorgelegten Stellungnahme der Verwaltung zuzustimmen.

Hinsichtlich der Anzahl der Flüge benennt der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper einen Inlandsflug und merkt an, dass die meisten Buchungen ansonsten für Städtepartnerschaftsreisen erfolgten.

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 4 Ja-Stimmen und 8 Nein-Stimmen dem Stadtrat, den Antrag A0039/17 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in seiner Sitzung am 08. 06. 2017 nicht zu beschließen.

#### 6.1.1. Klimaneutrale Dienstreisen Vorlage: S0090/17

---

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses nehmen die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

## 6.2. Keine Abschiebungen nach Afghanistan Vorlage: A0051/17

---

An diesem Tagesordnungspunkt nimmt der Beigeordnete für Umwelt, Personal und Allgemeine Verwaltung Herr Platz teil.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper gibt den Hinweis, dass der Stadtrat in dieser Angelegenheit sachlich keine Zuständigkeit hat.

Stadträtin Schulz, Fraktion DIE LINKE/future!, informiert über die Auffassung ihrer Fraktion, dass doch eine Zuständigkeit des Stadtrates gegeben ist. Aus Sicht ihrer Fraktion sei es wichtig deutlich zu machen, dass auch Kommunen gegen Abschiebungen in Länder wie Afghanistan sind. Sie vertritt die Auffassung, dass auch der Stadtrat für eine humanitäre Behandlung von Menschen zuständig ist.

In seinen Ausführungen sieht Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper es als problematisch an, wenn in der Diskussion argumentiert wird, es könne keine Abschiebung erfolgen, da es sich nicht um ein sicheres Land handelt. Er merkt an, dass Kommunen nicht Bundesrecht widersprechen oder diesem zuwider handeln können.

Stadtrat Rösler, SPD-Stadtratsfraktion, hält es ebenfalls für problematisch, dass Afghanistan als sicheres Land eingestuft wurde. Eingehend auf den Antrag bezeichnet er die Aufforderung an die Stadtverwaltung hinsichtlich sorgfältiger Einzelfallprüfungen als nicht zielführend, da dies durch die Verwaltung ohnehin erfolgt. Im Weiteren legt er dar, davon auszugehen, dass seitens des BAMF an entsprechenden gesetzlichen Regelungen gearbeitet wird. Stadtrat Rösler erklärt, dem Antrag in der vorliegenden Form nicht zuzustimmen.

Stadtrat Theile, Fraktion LINKS für Magdeburg, legt seine Auffassung dar, die Intention des Antrages impliziere, dass die Praxis der Verwaltung rechtswidrig sei. Der im Antrag aufgeführte Appell an den Oberbürgermeister erfolge, ohne dass gesagt wird, auf welcher rechtlichen Grundlage die Umsetzung erfolgen soll. Stadtrat Theile sieht es als schwierig an, dem Antrag zuzustimmen, da dieser nicht begründet, was gefordert wird.

Der Beigeordnete Herr Platz informiert über seine im Ausschuss KRB getroffene Aussage, es schade zu finden, dass diese nachvollziehbare Diskussion am falschen Ort geführt wird. Er legt seine Auffassung dar, die Intention des Antrages führe dazu, dass auf Grund der Einzelfallprüfungen bei afghanischen Flüchtlingen regelmäßig keine Abschiebungen erfolgen. Klarstellend führt er aus, dass es klare Anweisungen gibt, die bestimmte Staaten als sicher oder nicht sicher ausweisen. Darüber könne sich nicht hinweg gesetzt werden.

Der Oberbürgermeister verweist darauf, dass eine differenzierte Betrachtung erfolgen muss. Nicht jeder afghanische Flüchtling erhalte ein Aufenthaltsrecht. Und dafür gibt es Gründe.

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 3 Ja-Stimmen, 7 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen dem Stadtrat, den Antrag A0051/17 der Fraktion DIE LINKE/future! in seiner Sitzung am 08. 06. 2017 nicht zu beschließen.

### 6.2.1. Keine Abschiebungen nach Afghanistan Vorlage: S0104/17

---

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses nehmen die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

6.3. 100 Jahre nach Carl Krayl: Buntes Magdeburg - Buntes Rathaus  
Vorlage: A0033/17

---

Der TOP wurde vertagt.

7. Verschiedenes

---

Stadtrat Rösler, SPD-Stadtratsfraktion, informiert über Probleme der Fraktionsgeschäftsstelle und sachkundigen Einwohner hinsichtlich Internetverbindungen und bemängelt die schlechte technische Ausstattung der sachkundigen Einwohner. Mit Hinweis auf die finanziellen Auswirkungen vertritt er die Auffassung, diese Problematik in nächster Zeit in den Fraktionen zu besprechen.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper führt aus, dass ihm diese Thematik bekannt sei.

Die Niederschrift erhält ihre endgültige Fassung mit Bestätigung in der darauffolgenden Sitzung.

gez. Dr. Lutz Trümper  
Vorsitzender

Andrea Behne  
Schriftführerin